### Übersetzungsbeispiel

### Politisches Risiko

Wenn Unternehmen in anderen Ländern tätig sein möchten, müssen sie zuerst die damit verbundenen politischen Risiken, d.h. das Länderrisiko des fraglichen Landes abschätzen. Es handelt sich, knapp formuliert, um das Risiko der Kapitalrenditeminderung aufgrund politischer Beschlüsse, Ereignisse oder Bedingungen (Matthee, 2011). Es gibt verschiedene Arten politischer Risiken, die auf dem jeweiligen politischen oder rechtlichen Umfeld beruhen.

Das erste politische Risiko, mit dem ein Unternehmen auf fremden Märkten konfrontiert sein könnte, betrifft die vom betreffenden Staat verhängten Handelsbarrieren. Ein fremder Staat kann beispielsweise Zölle auf Einfuhren erheben, um den einheimischen Arbeitsmarkt vor dem Einfluss von Einfuhren zu schützen und damit mehr Mehrwert im Inland generiert wird. Ein solcher Schritt wäre zum Nachteil von Unternehmen, die ihre Güter in diesen fremden Markt exportieren möchten, da die Einfuhrzölle diese Güter verteuern würden. Das zweite Risiko, typisch für Entwicklungsländer, sind die unsicheren Eigentumsrechte. Die Übernahme von Eigentum durch den Staat aufgrund solcher Unsicherheiten kann verschiedene Formen annehmen:

* Durch Konfiszierung, das heißt durch entschädigungslosen staatlichen Zugriff auf Unternehmens- oder Privateigentum. So hat etwa Robert Mugabe, damals Premierminister von Zimbabwe, über 5.000 Farmen im Besitz von Farmern europäischer Abstammung konfisziert und das Land an eingeborene Zimbabwer verteilt (Cavusgil u.a., 2014). Ein Konfiszierungsrisiko besteht für die Bergbauindustrie in Entwicklungsländern noch heute.
* Durch Enteignung, d.h. durch staatlichen Zugriff auf Unternehmens- oder Privateigentum gegen Entschädigung. 2008 wurde eine russische Tochtergesellschaft von British Petroleum, bekannt als TNK-BP, genötigt, einen großen Teil ihres Erdölgeschäfts dem staatskontrollierten russischen Energieunternehmen Rosneft zu verkaufen. Der Verkauf erfolgte auf politischen Druck der russischen Staatsmacht. (Economist, 2008; Cavusgil u.a., 2014).
* Durch Verstaatlichung, d.h. durch den staatlichen Zugriff auf einen ganzen Sektor. Dabei kann in einigen Fällen Entschädigung angeboten werden, wofür aber keine Garantie besteht. So wurden etwa große Teile des bolivischen Rohstoffsektors verstaatlicht ohne den Eigentümern eine Gegenleistung anzubieten. (Economist, 2008; Cavusgil et al., 2014).